# Eigenerklärung forstlicher Dienstleister

(Entfällt, wenn die Eignung durch Präqualifizierung nachgewiesen wird)

Hiermit erkläre(n) ich/wir[[1]](#footnote-1) verbindlich, dass ich/wir in Bezug auf mein/unser Unternehmen und für alle eingesetzten Arbeitskräfte folgenden Verpflichtungen nachgekommen bin/sind:

1. **Allgemeine Erklärung:**
2. Anmeldung eines Gewerbes / eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes,
3. Mitgliedschaft in einer Berufsgenossenschaft,
4. Abschluss einer Betriebshaftpflichtversicherung, die bei Einsatz von Großmaschinen (z. B. Harvester, Forwarder) auch die in einer Umwelthaftpflichtversicherung enthaltenen typischen Umweltrisiken abdeckt, mit einer Mindestversicherungssumme in Höhe von 3,0 Mio. € pauschal für Personen- und Sachschäden,
5. In den letzten 2 Jahren keine Geldbuße gemäß § 21 Abs. 1 i. V. m. § 23 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) von mehr als 2.500 Euro verhängt wurde,
6. Besitz gültiger Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse beim Einsatz ausländischer Arbeitnehmer,
7. Verwendung von biologisch schnell abbaubaren Hydraulikflüssigkeiten (Ausnahme: Wenn landwirtschaftliche Zugmaschinen ohne von dieser Zugmaschine angetriebene Anbaugeräte eingesetzt werden),
8. Verwendung von Alkylat-Sonderkraftstoffen und biologisch schnell abbaubaren Schmierstoffen (z. B. Kettenhaftöle),
9. Vorhandensein der erforderlichen Schutzausrüstung für das eingesetzte Personal und Maschinen.
10. **Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung**

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

**Mit der Angebotsabgabe ist vom Unternehmen zu den Erklärungen unter 1. c) und 2. jeweils ein aktueller Nachweis, nicht älter als 2 Monate zu erbringen!**

1. **Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt**

Ich/Wir erkläre(n), dass

[ ]  für mein/unser Unternehmen keine Ausschlussgründe gemäß § 123 oder § 124 GWB vorliegen,

[ ]  ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Gewerbezentralregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind,

[ ]  für mein/unser Unternehmen ein Ausschlussgrund gemäß § 124 GWB vorliegt.

[ ]  zwar für mein/unser Unternehmen ein Ausschlussgrund gemäß § 123 GWB vorliegt, ich/wir jedoch für mein/unser Unternehmen Maßnahmen zur Selbstreinigung ergriffen habe(n), durch die für mein/unser Unternehmen die Zuverlässigkeit wiederhergestellt wurde.

Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

1. **Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation**

[ ]  Ich/Wir erkläre(n), dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich mein/unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet.

[ ]  Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt, auf Verlangen werde ich/werden wir ihn vorlegen.

Mir/Uns ist bekannt, dass die jeweils genannten Bestätigungen/Nachweise zu den Eigenerklärungen auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle innerhalb der gesetzten angemessenen Frist vorgelegt werden müssen und mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag ausgeschlossen wird, wenn die Unterlagen nicht vollständig innerhalb dieser Frist vorgelegt werden.

1. **Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestlohn** bei öffentlichen Aufträgen unter Berücksichtigung der Vorgaben des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) vom 12. Juli 2021, GVBl. S. 338

Es wird darauf hingewiesen, dass sich die Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestlohn entsprechend den Vorgaben des § 4 HVTG zur Zahlung des Mindestlohns gemäß § 20 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) bzw. des Tariflohns nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) nicht auf Beschäftigte bezieht, die bei einem Bieter oder Nachunternehmer im EU-Ausland beschäftigt sind und die Leistung im EU-Ausland erbringen.

**Nachfolgende Erklärung ist mit dem Angebot abzugeben.**

1. Ich/Wir verpflichte/n mich/uns,
* meinen/unseren Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung mindestens diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts zu gewähren, die dem jeweils geltenden Tarifvertrag nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 oder 2 HVTG oder der jeweils geltenden Rechtsverordnung nach § 4 Abs. 1 Nr. 3 HVTG entsprechen. Soweit die Leistungen nicht von Abs. 1, sondern von § 4 Abs. 2 HVTG erfasst werden, verpflichte/n ich/wir mich/uns, bei der Ausführung der Leistung mindestens ein Entgelt und die Leistungen zu gewähren, die den Vorgaben des MiLoG entsprechen. Ich/wir nehme/n weiterhin zur Kenntnis, dass bei Vorliegen von Anhaltspunkten dafür, dass gegen diese Verpflichtungen verstoßen wird, auf Anforderung dem öffentlichen Auftraggeber oder dem Besteller deren Einhaltung nachzuweisen ist.
* meinen / unseren Beschäftigten bei der Ausführung einer Leistung über Verkehrsleistungen und freigestellte Schülerverkehre mindestens das in Hessen für diese Leistung in einem einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag vorgesehene Entgelt einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung und der für entgeltrelevant erklärten Bestandteile dieser Tarifverträge zu zahlen und Erhöhungen während der Ausführungszeit vorzunehmen. Ausgenommen hiervon sind Auszubildende.
1. Ich/Wir erkläre/n, dass ich/wir nicht wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG (Bußgeldvorschriften) mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro belegt worden bin/sind und damit nicht die Voraussetzungen für einen Ausschluss von der Auftragsvergabe nach § 19 Abs. 1 und 3 MiLoG vorliegen.
2. Ich/Wir verpflichte/n mich/uns, für den Fall des Einsatzes von Nachunternehmen, die Erfüllung der Verpflichtungen nach den §§ 4 und 5 HVTG durch die Nachunternehmen sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber nach Auftragserteilung, spätestens vor Beginn der Ausführung der Leistung durch das Nachunternehmen, eine Verpflichtungserklärung des Nachunternehmens im vorstehenden Sinne vorzulegen. Gleiches gilt, wenn ich/wir oder ein beauftragtes Nachunternehmen zur Ausführung des Auftrags Arbeitskräfte eines Verleihunternehmens einsetze(n)/einsetzt. Diese Verpflichtung gilt entsprechend auch für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen.

**Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,**

dass ein nachweislich schuldhafter Verstoß gegen meine/unsere Verpflichtungen

* den Ausschluss meines/unseres Unternehmens von diesem Vergabeverfahren zur Folge haben kann,
* den Ausschluss meines/unseres Unternehmens für die Dauer von bis zu drei Jahren von der Vergabe öffentlicher Aufträge der ausschließenden Vergabestelle zur Folge haben kann,
* ein solcher Verstoß eine schwere Verfehlung nach § 17 Abs. 2 HVTG darstellt, die gemäß § 17 Abs. 9 HVTG der Informationsstelle bei der Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main mitgeteilt wird,
* nach Vertragsschluss den Auftraggeber zur außerordentlichen Kündigung berechtigen kann.
1. **Fachtechnische Erklärung:**
* Die für die angebotene Dienstleistung erforderliche Fachkunde (gem. „Anforderungen an die Ausführung von Forstbetriebsarbeiten“, VB-U) wird für alle eingesetzten Arbeitskräfte gewährleistet.
* Auflistung der zum Einsatz kommenden Maschinen/Geräte:

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| Maschinen-/Geräteartund Bezeichnung | Baujahr | Leistung(PS/KW) | Bereifung | Ausgerüstet mit biologisch abbaubarem Öl/Hydrauliköl  |
|       |       |       |       | [ ]  Ja: | [ ]  Nein[[2]](#footnote-2) |
|       |       |       |       | [ ]  Ja: | [ ]  Nein2 |
|       |       |       |       | [ ]  Ja: | [ ]  Nein2 |
|       |       |       |       | [ ]  Ja: | [ ]  Nein2 |
|       |       |       |       | [ ]  Ja: | [ ]  Nein2 |

1. **Erklärung zum Zertifizierungsstatus**

[ ]  Ich beachte die PEFC-Standards für Deutschland in der jeweils gültigen Fassung und in FSC-zertifizierten Forstbetrieben den Deutschen FSC-Standard in der jeweils gültigen Fassung.

[ ]  Ich kann für die beworbene Dienstleistung ein Forstunternehmerzertifikat nachweisen:

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
|  | [ ]  **ja, und zwar mit Zertifikat:**[ ]  RAL Gütezeichen[ ]  DFSZ[ ]  KFP[ ]  KUQS[ ]  vergleichbar:\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ | **Gültigkeitszeitraum:** |

[ ]  Ich erbringe die angebotene Dienstleistung als Kleinunternehmer im Sinne von § 19 UStG (d. h. der maßgebende Umsatz zuzüglich der darauf entfallenden Steuer hat im vorangegangenen Kalenderjahr 17.500 Euro nicht überstiegen und wird im laufenden Kalenderjahr 50.000 Euro voraussichtlich nicht übersteigen).

Ich weise die Qualität meiner Leistungen durch die Vorlage von Abnahmeprotokollen nach.

|  |  |
| --- | --- |
|  | [ ]  **ja, und zwar mit Abnahmeprotokoll vom:** |
|  |       |  |

1. **Bekanntgabe vergebener Aufträge**

Soweit ab 25.000,- € Nettoauftragswert nach § 13 HVTG i. V. m. § 30 UVgO eine öffentliche Bekanntgabe vergebener Aufträge in der Hessischen Ausschreibungsdatenbank (HAD) notwendig wird und mein Unternehmen eine natürliche Person ist, willige ich in die Bekanntgabe des Unternehmensnamens ein

[ ]  **nein** [ ]  **ja**

1. **Unterschrift/en**

Mir ist bekannt, dass die Nichtabgabe oder Unrichtigkeit der vorstehenden Erklärungen zu meinem Ausschluss vom Vergabeverfahren sowie zur fristlosen Kündigung eines erteilten Auftrags wegen Verletzung einer vertraglichen Nebenpflicht aus wichtigem Grund führen kann.

Des Weiteren ist mir bekannt, dass ein Ausschluss infolge unrichtiger Angaben oder aufgrund einer fristlosen Kündigung Schadenersatzansprüche der Vergabestelle bzw. des Auftraggebers zu Lasten meines Unternehmens auslösen kann.

Ich verpflichte mich, Subunternehmer nur unter der Voraussetzung zu beauftragen, dass der Nachunternehmer ab einer Auftragssumme von 10.000 Euro eine gleichlautende Erklärung mir gegenüber abgibt und diese spätestens vor Zustimmung des Auftraggebers zur Weiterbeauftragung diesem vorgelegt wird.

Vorstehende Erklärung forstlicher Dienstleister werden im Auftragsfall Bestandteil des Vertrages.

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
|       |  |       |
| Ort, Datum |  | Name u. Anschrift/Firmenbezeichnung Bieter |

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
|  |  |  |
|  |  | Unterschrift(en)[[3]](#footnote-3) |

1. Bei Bietergemeinschaften ist diese Erklärung forstlicher Dienstleister von jedem Unternehmen einzureichen! [↑](#footnote-ref-1)
2. Nur zulässig, wenn landwirtschaftliche Zugmaschinen ohne von dieser Zugmaschine angetriebene Anbaugeräte eingesetzt werden. [↑](#footnote-ref-2)
3. Statt Unterschrift ist auch die Angabe der erklärenden Person in Textform gem. § 126 b BGB zulässig. [↑](#footnote-ref-3)